

ALTES SPORTAMT: VEREINBARUNG DER STADT MIT VEREIN KLAPSTUL

Vertrag statt Besetzung



Zweieinhalb Jahre lang hatte der Verein Klapstul das Alte Sportamt in der Pauliner Marsch besetzt. Jetzt bekommt er einen Leihvertrag mit der Stadt.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON SABINE DOLL

Die Stadt will in den nächsten Tagen einen Vertrag zur unbefristeten Nutzung des Alten Sportamts mit dem Verein Klapstul, der das Gebäude seit rund zweieinhalb Jahren besetzt, abschließen. Das bestätigte Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) dem WESER-KURIER am Dienstag: „Der Verein Klapstul hat sich bereit erklärt, einen von uns ausgearbeiteten und unseren Regeln entsprechenden Leihvertrag zu unterschreiben. Ich bin darüber sehr froh, dass dies jetzt zustande kommt. Ich will noch zwei Fragen mit dem Verein klären, dann gehe ich davon aus, dass diese Sache ein gutes Ende gefunden hat.“ Um welche Fragen es sich handelt, wollte die Finanzsenatorin nicht sagen. Vor der Besetzung hatte es mehrere Zwischennutzungsverträge mit Klapstul gegeben.

Laut Linnert hat der Vereinsvorstand den Vertrag mit Immobilien Bremen (IB) als Liegenschaftsverwalter der Stadt bereits unterschrieben. Die Vereinsmitglieder wollen weiterhin anonym bleiben. Dem WESER-KURIER liegen die Namen des Vorstands jedoch vor; der Verein ist im Vereinsregister, das vom Amtsgericht geführt wird, eingetragen. Auf Bitten von Klapstul verzichtet der WESER-KURIER darauf, die Vorsitzenden zu nennen. Klapstul kündigte für die nächsten Tage eine Stellungnahme zu dem Leihvertrag an, wenn er von IB unterzeichnet ist. Der Verein wird dem linksalternativen Spektrum zugeordnet. In dem von ihm besetzten Alten Sportamt veranstaltet er ein kulturelles Programm mit Konzerten, Workshops oder Tanzkursen.

Wie berichtet, handelt es sich um einen unbefristeten Leihvertrag, und die Mieter müssen außer Strom, Wasser und anderen Nebenkosten keine Miete zahlen. Der Vertrag ist an ein Konzept zur kulturellen Nutzung geknüpft und gilt für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober eines jeden Jahres. Dazwischen ist das Gebäude in der Pauliner Marsch lediglich zu Lagerzwecken freigegeben – weil die Immobilie in baufälligem Zustand ist und außerdem im Hochwasserschutzgebiet liegt. Laut Linnert ist mit dem Verein außerdem verhandelt worden, dass es eine jährliche Überprüfung des Gebäudestandes durch die Baubehörde gibt. Werde gegen Auflagen verstoßen, könne dem Verein fristlos gekündigt werden, sagte die Senatorin.

Für die Fraktionen von CDU und FDP ist eine Vertragsunterzeichnung mit Klapstul „alles andere als eine Sache, die ein gutes Ende gefunden hat“, wie der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas vom Bruch betonte. „Dass die Stadt Besetzern einen unbefristeten und mietfreien Vertrag anbietet, signalisiert: Offenkundig siegt die Dreistigkeit und nicht der Rechtsstaat. Das muss Menschen, die sich rechtskonform verhalten, wie ein Schlag ins Gesicht vorkommen. Aus politischer Opportunität wurde hier eingeknickt. Das birgt auch die Gefahr, dass dieses Modell Nachahmer findet.“ Dass sich das Gebäude in einem teilweise maroden Zustand befinde, habe die Behörde zudem zu verantworten. Es hätte frühzeitig nach einer „vernünftigen Nutzung und damit Instandsetzung“ gesucht werden müssen.

Der CDU-Fraktionsvize kritisiert zudem, dass durch einen Vertrag mit dem Verein

Klapstul „politischen Kräften Raum überlassen wird, die einen zweifelhaften Ruf haben. Der Verein ist offenkundig linksradikal“. Vom Bruch verwies auf eine Passage im Verfassungsschutzbericht 2016. Dort steht: „Die Erhaltung und Schaffung von ‚autonomen Freiräumen‘, wozu in erster Linie besetzte Häuser und selbst verwaltete Projekte zählen, ist seit jeher ein Schwerpunkt der ‚Antirepressionsarbeit‘ von gewaltorientierten Linksextremisten. In Bremen stellt das ‚Alte Sportamt‘ einen solchen ‚Freiraum‘ für die linksextremistische Szene dar.“

Linnert wies die Vorwürfe zurück: Ihre Behörde habe nicht dem Druck durch eine Besetzung nachgegeben. „Ja, der Verein hat

des Alten Sportamtes an gewalttätigen Protesten am G20-Gipfel in Hamburg beteiligt waren und ob es aufgrund dieses Zusammenhangs eine anderweitige Einschätzung für die zukünftige Nutzung der Immobilie gebe. Dem Senat seien drei Veranstaltungen in den Jahren 2013, 2014 und 2016 bekannt, in deren Zusammenhang im Internet zu sogenannten Blockade- beziehungsweise Aktionstrainings aufgerufen worden sei, antwortete die Finanzsenatorin. Darüber hinaus sei nach dem Ende einer Demonstration gegen den G20-Gipfel am 10. Juni in Bremen zu einer „Anti-G20-Solidarisierungs-Party“ in das Alte Sportamt eingeladen worden. Dazu hätten die Basisgruppe Antifa und die Gruppierung „Residance gegen G20 Bremen“ aufgerufen.

Nach bisherigen Erfahrungen mit dem Verein Klapstul habe es keinen Anlass zu der Annahme gegeben, dass auf dem Gelände Straftaten verübt worden seien, betonte Linnert. „Dem Senat liegen zudem derzeit keine konkreten Erkenntnisse vor, dass Nutzer des Areals an gewalttätigen Protesten am G20-Gipfel beteiligt waren. Der Senat wird die Situation beobachten und bei wesentlichen neuen Erkenntnissen neu beurteilen“, kündigte sie an.

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Peter Zenner, ist überzeugt, dass etwa Sport- oder Kleingartenvereine auch an der Immobilie im Naherholungsgebiet Pauliner Marsch interessiert gewesen wären. „Da hat man eine vernünftige Nutzung und belohnen niemanden, wir sind ein Rechtsstaat und verhalten uns angemessen“, so die Senatorin. In der Fragestunde der Bürgerschaft wollte die FDP von Linnert wissen, ob Nutzer



„Ich bin darüber sehr froh.“
Karoline Linnert

gesagt, wir haben das Gebäude jetzt besetzt und bleiben einfach hier. Das war aus Sicht der Hansestadt eine vertraglose Zeit. Jetzt gibt es wieder einen Vertrag. Wir bestrafen und belohnen niemanden, wir sind ein Rechtsstaat und verhalten uns angemessen“, so die Senatorin.

In der Fragestunde der Bürgerschaft wollte die FDP von Linnert wissen, ob Nutzer

Vom Behördendomizil zum Punkquartier

VON PASCAL FALTERMANN

Mehr als 30 Jahre hatte das Bremer Sportamt seinen Sitz in der Pauliner Marsch. Behördenmitarbeiter statt Mitglieder des Vereins Klapstul saßen in der Immobilie an der Weser. Dort, wo es nach gut zweieinhalb Jahren Besetzung und langen Diskussionen nach einer Einigung und einem Leihvertrag zur Nutzung des Gebäudes aussieht, boten früher Beamte ihre „sportlichen“ Dienstleistungen für Bremer Bürger an.

Bis zum Jahr 2006 steuerte die Behörde vom Peterswerder aus die Zusammenarbeit mit den Sportverbänden und -vereinen, koordinierte die Förderung des Bremer Sports und den Betrieb der städtischen Spielflächen. Dann verlegte das Amt seinen Sitz aus der Nachbarschaft des Weserstadions in das Gebäude beim Senator für Inneres und Sport an der Contrescarpe 22/24.

Nach dem Umzug hatte Werder Bremen ein Auge auf das bisherige Behörden-Domizil geworfen. Der Fußballverein konnte sich vorstellen, die Immobilie zu nutzen, das bestätigte der damalige Werder-Geschäftsführer Klaus-Dieter Fischer im April 2006 gegenüber dem WESER-KURIER. Die Idee: Das in der Ostkurve des Weserstadions untergebrachte Jugendinternat sollte um das ehemalige Amtsgebäude erweitert werden.



Kai Wargalla
FOTO: KUHAUPT

Während des Stadionumbaus 2008 wurde das Gebäude kurzzeitig mal als Planungsbüro genutzt. Ansonsten blieben die Räume des mittlerweile mehr als 40 Jahre alten Bürogebäudes aber seit dem Auszug leer. Erst 2011 stellten die Verantwortlichen der Zwischenzeitzentrale (ZZZ) ein Konzept für eine Zwischennutzung vor, dass sie zusammen mit Bremer Kulturschaffenden erarbeitet hatten. Das Gebäude wurde vom städtischen Liegenschaftsverwalter Immobilien Bremen verwaltet und bis Ende Oktober 2011 zur vorübergehenden Nutzung angeboten. Vertragspartner der Stadt war der Verein zur Förderung unkommerzieller Kunst und Kultur „Klapstul – Ist das Kunst oder kann das weg?“, der sich aus diesem Grund gegründet hatte. Der Verein nutzte das Alte Sportamt für Konzerte, Kulturveranstaltungen oder einen Umsonstladen während der Sommermonate.

Im April 2015 folgte die Revolte: Weil die Linksalternativen das Alte Sportamt nicht mehr weiter benutzen durften, besetzten rund 100 Personen das Gebäude, tauschten Schlösser aus und drängten auf eine politische Lösung zur dauerhaften Nutzung. Immer wieder gab es Diskussionen und Verhandlungen zwischen der Stadt und den Besetzern. Doch eine Lösung zeichnete sich nicht ab. Stattdessen wurde die Besetzung mehr oder weniger geduldet. Immer wieder kursierte auch das Ge-

rücht, dass Werder Bremen Interesse an der Immobilie habe und dies für ein Sportgerätelager verwenden wolle.

Im Juni 2016 drohte die Situation zu eskalieren. Die Besetzer sollten das Gebäude bis zum 31. Juli verlassen. In einem Schreiben der Anwaltskanzlei Castringius, die von der zuständigen Finanzsenatorin Karoline Linnert beauftragt worden war, wurde den jungen Leuten aus dem linksalternativen Spektrum die Nutzung der Immobilie untersagt. Ab August drohte eine Räumungsklage. Zahlreiche Vereine wie Kulturzentrum Schlachthof, Kulturzentrum Lagerhaus, Schwankhalle oder das Zuckerwerk solidarisierten sich daraufhin mit den Besetzern.

In vielen Stadtteilen Bremens hingen Aufkleber und Plakate.

In den Wintermonaten wurde es ruhiger um das Alte Sportamt, worauf im April 2016 bekannt wurde, dass es erneut Gespräche zwischen den verschiedenen Parteien gibt. Treibende Kraft waren die Bürgerschafts-abgeordnete Kai Wargalla (Grüne) und einige Parteikollegen, die den Kontakt zu den Besetzern suchten. Beide Seiten signalisierten Kompromissbereitschaft und ein fast vergessener Leihvertrag wurde überarbeitet. Den Sommer 2017 über gab es Punkkonzerte und Programm im Alten Sportamt und Ende August lag dann auch der Vertrag vor, den die Besetzer veröffentlicht hatten.



Nach dem Umzug des Sportamts im Jahr 2006 von der Pauliner Marsch an die Contrescarpe hatte auch Werder Bremen ein Auge auf das bisherige Behörden-Domizil geworfen. Daraus wurde allerdings nichts. FOTO: STOSS